GÖTTINGER BLÄTTER

Juni 2025

Die Linke im Kreistag ★ VVN ★ FG Cuba ★ DKP ★ Grobian ★ GöLinke

Vor 50 Jahren Modell Deutschland

Vor rund 50 Jahren bei der Bundestagswahl 1976 warb die SPD mit ihrem Bundeskanzler Helmut Schmidt mit dem Slogan des **„Modell Deutschland"**, was sich insbesondere auf die gerade auch im Ausland bewunderte gut funktionierende Infrastruktur und die nach 1949 erreichten sozialen Errungenschaften bezogen hatte.

Grundlage war, dass öffentliche Unternehmen zuverlässig Leistungen für die Daseinsvorsorge erbrachten. So galt die staatliche Deutsche Bundesbahn als Muster für Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit wie der mittlerweile eher ironisch verstandene Ausspruch „Pünktlich wie die Eisenbahn" zeigt. Heute völlig unvorstellbar: Umsteigen war damals kein Risiko, man konnte seine Ankunft genau planen. Die Rolle des Staates oder auch der Kommunen für das Daseinsvorsorge war anerkannt. Bereiche wie ÖPNV, Krankenhäuser, aber auch Müllentsorgung oder Wasserversorgung waren dem Markt bewusst entzogen. In Bereichen wie dem Wohnungsbau war es unbestritten, dass der Markt keinen ausreichenden preisgünstigen Wohnungsbau schaffen kann.

Und auch finanziell waren die Kommunen viel besser ausgestattet. So gab es faktisch keine nicht-ausgeglichenen Haushalte. Auch wenn Investitionen hohe Tilgungsraten erforderten, waren die Einnahmen aller westdeutschen Städte und Gemeinden 1970 um 12% höher als Pflichtausgaben und die Tilgung der Kredite. Durch die Wirtschafts- und Ölkrise 1973 wurde zwar dieser Wert zeitweise deutlich reduziert, 1981 lagen die Einnahmen wieder auf einem um 7% höheren Wert als die Pflichtausgaben und Kredittilgungen.

Vgl.: https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/archiv/531826/die-verschuldung-der-staedte-und-gemeinden-in-der-bundesrepublik-deutschland/

Nach der Annexion der DDR wurden in den 1990er und 2000er Jahren die wesentlichen staatlichen Einrichtungen wie Bahn und Post privatwirtschaftlichen Strukturen unterworfen, öffentliche Kliniken wurden privatisiert, was unter anderem auch psychiatrische Kliniken betraf. Wichtige Steuern wie die Vermögensteuer fielen weg, der Spitzensteuersatz wurde gesenkt. Diese Entlastung betraf vor allem die Vermögenden, während die Normalbürger über höhere Mehrwertsteuern und Sozialversicherungsbeiträge immer mehr geschröpft wurden. Der öffentliche Sektor schrumpfte mit den bekannten Folgen: So haben wir in einer gemeinsamen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft und der Hans-Böckler-Stiftung vom Mai 2024 geschätzten dringenden Investitionsbedarf für die nächsten zehn Jahre von rund 600 Mrd. Euro, wovon ein Drittel auf die Kommunen entfallen.
Mittlerweile haben sämtliche nds. Landkreise einen nicht mehr ausgeglichenen Haushalt. (vgl. GöBlä 3/25, S. 6) Auch können nur noch wenige Städte nach aktueller Aussage des Deutschen Städtetages ohne Rücklagen anzugreifen ihren Haushalt ausgleichen. Wie soll also der kommunale Investitionsbedarf gestemmt werden?

Aber es wird noch schlimmer kommen. Die geplante Aufrüstung lässt für die Kommunen nichts Gutes erwarten, selbst wenn für das Militär Investitionen in die marode Infrastruktur erfolgen sollen.
Und wenn wir uns gerade die Situation in Göttingen anschauen, dann scheint uns ein weiterer Verfall bevorzustehen.

(ef)

Im Internet:
- kommt bald wieder -

Kontakt
Post: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: Druckerei Wittchen
Telefon: 05503 3008

Inhalt

Modell Deutschland	1
VVN-BdA	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
BSW im Kreistag	6
Göttinger Linke	7
Göttinger Linke Ratsinfo	8

Redaktionsschluss
für die Ausgabe 07./08.2025
ist der 17. Juni
Auslieferung vorraussichtlich am 22.06.

„Sozialcard" in Göttingen

Der kompol. Arbeitskreis der Wähler*innengemeinschaft GöLinke beschäftigt sich weiterhin mit dem Thema der Bezahlkarte für geflüchtete Menschen. Der Termin wird bekanntgegeben, sobald dieser in Absprache mit der eingeladenen Sozialdezernentin Göttingens Anja Krause gefunden wurde.

VVN-BdA

Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

https://niedersachsen.vvn-bda.de • https://antifa.vvn-bda.de

Abgeschrieben:

jW vom Donnerstag, 22.5.2025

Zum Vorgehen der Berliner Polizei am 8. Mai 2025 veröffentlichten die Berliner VVN-BdA und das Rote Antiquariat am Montag eine gemeinsame Erklärung:

Zu glauben, am 80. Jahrestag der Befreiung der Opfer des Faschismus, der Befreiten und Befreier unter den misstrauischen Augen der Staatsgewalt - in diesem Falle der eingesetzten Polizei - in Würde gedenken zu können und auch durch das Recht auf Versammlungsfreiheit geschützt zu sein, war so falsch wie naiv. Am Bebelplatz, wo die zentrale Gedenkveranstaltung der Berliner VVN-BdA stattfand, wurde schon beim Aufbau der Bühne jedes Transparent, jedes Plakat, jedes Infomaterial auf unserem Büchertisch »überprüft«, fotografiert und an eine Dienststelle weitergeleitet.

Eine Polizistin fragte telefonisch nach, ob denn der Slogan »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen« erlaubt sei, ein Polizist glaubte im Roten Winkel unserer Vereinigung, der auf unseren Transparenten und Fahnen zu sehen ist, ein »Hamas-Dreieck« zu erkennen, das verboten sei. An anderen Stellen in der Stadt, z.B. am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow, versuchten Polizisten anfangs, Menschen das Tragen von Tüchern der VVN-BdA zu untersagen; schließlich seien das die Farben der russischen Fahne.

Im Laufe der Veranstaltung am Bebelplatz verbot die Polizei dem mobilen Infostand des »Roten Antiquariats«, das antifaschistische und linke Literatur vertreibt, am Denkmal für die Bücherverbrennung 1933 durch die Nazis über die Schriftsteller, deren Bücher die Nazis verbrannten, zu informieren und deren Bücher zu vertreiben. Die Autoren waren vielfach aus Deutschland vertrieben oder in den Tod getrieben worden. Dass die Veranstalterin diese Bücher als Bestandteil der Veranstaltung und des Gedenkens bezeichnete, wurde ignoriert, das Denkmal zum Absurdum geführt.

Ein Mitarbeiter der Firma, die die Bühne aufbaute, wurde gezwungen, einen Pullover auszuziehen, auf dem vermeintlich ein »Z« zu sehen sei - es handelte sich um das Wort »Chaoz«, Name einer Punkrockband. Seine Personalien wurden überprüft. Wenig später wurde die Sache sang- und klanglos fallen gelassen. Der Bitte unsererseits wiederum, zwei jugendliche Neonazis, die mit »White Power«-Zeichen provozierten, von der Veranstaltung fernzuhalten, wollten die Beamten anfangs nicht nachkommen: ihre Teilnahme sei doch durch die Versammlungsfreiheit gedeckt.

All diese Vorfälle werten wir als ungerechtfertigte Eingriffe in die Versammlungsfreiheit und als einen würdelosen, geschichtsvergessenen Umgang mit den Teilnehmern und dem Anlass unserer Veranstaltung. (...) Das Vorgehen schien von oben gedeckt zu sein. Ob diese Maßnahmen gesetzlich gedeckt waren, zweifeln wir an, dass ihnen jede Verhältnismäßigkeit fehlte, war offensichtlich. Wir als Veranstalterin sahen uns an mehreren Stellen gezwungen, dieser Polizeiwillkür nachzugeben, um einen würdigen Ablauf unserer antifaschistischen Gedenkveranstaltung zu sichern - einen größeren Polizeieinsatz, während Antifaschisten, ältere Nachkommen von NS-Opfern und Widerständigen redeten, wollten wir vermeiden.

Dass der Staat und die Behörden, die in der Nachfolge des NS-Staates stehen, sich anmaßen, das Gedenken an die Opfer des NS und die Befreiung vom Faschismus autoritär zu bestimmen und zu kontrollieren, es den Vertretern der Opfer und des antifaschistischen Widerstands enteignet, das macht uns wütend und fassungslos. Dass dies von der Polizei jederzeit durchgesetzt wird, macht uns Sorgen.

(...)

Termine

Dienstag, 17.06.2025, 16:30 Uhr
Antifaschistischer Stammtisch
Treffpunkt ist das Café Inti am Willhelmsplatz

*Antifaschist*innen aus dem Raum Göttingen und Umgebung besprechen bei den Treffen geplante und potenzielle Vorhaben und alles, was noch politisch in Göttingen ansteht.*

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba
Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de • www.fgbrdkuba.de

Mitgliederversammlung

10. Juni, 19:00 Uhr, Kleiner Ratskeller, Judenstraße

VNB unser Kooperations- u. Bildungspartner:
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

US-Regierung verschärft Zwangsmaßnahmen gegen Kuba

Washington/Havanna. Neue Verschärfungen der von der US-Regierung verhängten einseitigen Zwangsmaßnahmen gegen Kuba schädigen vor allem den Tourismus und damit einen wichtigen Bereich der kubanischen Wirtschaft.

Von Edgar Göll, amerika21


Caya Coco ist ein beliebtes Ferienziel. Nun beansprucht ein US-Bürger die Insel als Familienbesitz

Zahlreiche kubanische Gastgeber, die das Online-Portal Airbnb nutzen, können seit Februar ihre Zimmer nicht mehr vermieten oder AirBnB-Angebote buchen, denn nun müssen sie ein Bankkonto außerhalb des Landes haben, da alle Kuba-Angebote im Ausland bezahlt werden müssen.

Einer der Airbnb-Anbieter in Havanna sagte, dass sie ihre Dienstleistung völlig umstellen müssten, und: „Kuba hat für Airbnb viel bedeutet und Airbnb war für uns unverzichtbar. Das ist sehr enttäuschend."

Auch das Online-Reisebüro Expedia teilte seinen kubanischen Gastgebern mit, dass es keine Buchungen nach Kuba mehr akzeptiert. In einer E-Mail sei erklärt worden, dass die US-Lizenz von Expedia für den Betrieb in Kuba im letzten Monat abgelaufen sei und die Trump-Administration „angedeutet hat, dass diese Lizenz nicht erneuert werden wird".

Viele Privathotels und Pensionen boten ihre Zimmer auf Expedia an. Eine aktuelle Suche auf der Website des Unternehmens zeigt, dass es jetzt keine Möglichkeit mehr gibt, eine Unterkunft in Kuba zu finden.

Auch Gerichte werden gegen Kuba genutzt. So hat ein Geschworenengericht in Miami Expedia letzten Monat gemäß Titel III des Helms-Burton-Gesetzes von 1996 zur Zahlung von 30 Millionen US-Dollar verurteilt. Das umstrittene Gesetz ermöglicht es jetzigen US-Bürgern, deren Eigentum während der kubanischen Revolution verstaatlicht wurde, Unternehmen zu verklagen, die auf diesem Eigentum Geschäfte machen.

Der Kläger ist Mario Echevarría, der behauptet, seiner Familie habe Cayo Coco gehört, eine Insel vor der Nordküste Kubas, auf der Expedia Zimmer gebucht hat. Nun prüft ein US-Bezirksrichter diese Ansprüche.

Inzwischen blockieren Behörden in Florida auch Geldüberweisungen nach Kuba. Mehrere Unternehmen haben letzte Woche die Weiterleitung von Überweisungen nach Kuba auf unbestimmte Zeit eingestellt. Offenbar hängt diese Maßnahme mit der Aufnahme von Orbit, dem kubanischen Unternehmen, das die Überweisungen z.B. von Western Union abwickelt, auf die US-Liste der „eingeschränkt gesperrten Unternehmen" zusammen, um Kuba von Deviseneinnahmen abzuschneiden.

Auch im Bereich des künstlerischen Austausches zwischen beiden Ländern blockiert die US-Administration.

Kürzlich wurde der Clark College Jazz Band aus dem Bundesstaat Washington die Reise nach Kuba in letzter Minute vom Office of Foreign Assets Control (Ofac) des US-Finanzministeriums untersagt. Die Schüler hatten geplant, mit einer „allgemeinen Lizenz zur Unterstützung des kubanischen Volkes" nach Kuba zu reisen, für die im Gegensatz zu einer spezifischen Lizenz keine OFAC-Genehmigung erforderlich ist.

Als die Schule jedoch eine Überweisung an das Reiseunternehmen schickte, fror die Bank of America die Zahlung ein und meldete sie dem Ofac. Das Clark College forderte daraufhin die Freigabe der Gelder und beantragte eine Sondergenehmigung. Zwei Tage vor der geplanten Abreise der Gruppe lehnte das Ofac den Antrag ab. Der Wunsch, „mehrere Präsentationen über kubanische Jazzmusik zu besuchen und an einem musikalischen Kulturaustausch mit kubanischen Musikstudenten teilzunehmen ist mit der Politik der US-Regierung unvereinbar", hieß es zur Begründung.

Seit dem Amtsantritt von Trump haben mehrere Reisende zudem über Schikanen an Flughäfen berichtet, wenn sie in die USA zurückkehrten.

Angelika Becker, Vorstandsmitglied des deutschen Netzwerk Cuba, urteilte hierzu: „Die inzwischen unzähligen Nadelstiche der US-Regierung führen in Kuba mittlerweile zu großen, schmerzhaften Verletzungen. Diese imperialistische Willkür des Wirtschaftskrieges und weitere Aggressionen der USA gegen Kuba müssen schnellstens gestoppt werden."

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen
Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen,
https://goettingen.dkp.de ★ goettingen@dkp.de

DKP
Deutsche Kommunistische Partei

Postkarte der Häscher

Artikel aus der UZ vom 23.05.2025

Wenn das eigene Kind auf die 18 zugeht, stehen Mütter und Väter vor neuen Herausforderungen. Einige sind leichter, andere schwerer zu meistern – manche treffen die Eltern vollkommen unerwartet. So fischten wir vor wenigen Tagen eine Postkarte der Häscher des Bundesamtes für das Personalmanagement der Bundeswehr aus dem Briefkasten. Angeboten wurden „Chancen“ in über 50 Ausbildungsgängen und Studiengängen. In Uniform oder zivil könne unsere Tochter aus über 1.000 Berufen bei der Bundeswehr auswählen. Sie sei als VIP zum „Tag der Bundeswehr“ eingeladen zu einer „Backstage-Tour“. Obendrauf gebe es eine kostenlose Bahnfahrkarte. Die Werbung von Kindern fürs Töten und Sterben – Entschuldigung, natürlich für die Verteidigung unserer freiheitlichen Werte an der Ostfront – lässt sich die Bundeswehr Millionen kosten. Wer seine Kinder nicht für den Graben hergeben mag, muss Nein sagen. Im konkreten Fall: Widerspruch einlegen gegen die Übermittlung der Daten seiner Kinder durch die Meldebehörden an die Bundeswehr. Noch ist das möglich.

(bb)

Mitgliederversammlungen:

Dienstag, 03. Juni

Dienstag, 17. Juni

Die jeweiligen Themen der Versammlungen standen bei Redaktionsschluss noch nicht fest.

Alle MV'en finden um 20.00 Uhr im Roten Zentrum, Lange Geismarstr. 2 statt

Raus aus dem Jugendzentrum, rein in die Kaserne?!

Kolumne der SDAJ Göttingen aus Unserer Zeitung

Im November vergangenen Jahres standen wir mit 500 anderen Menschen auf der Straße und haben gegen die im sogenannten Haushaltssicherungskonzept vorgesehenen Kürzungen bei der Göttinger Jugendarbeit protestiert. Und waren erfolgreich! Die Planungen, die für die Einrichtungen im Grunde existenzbedrohend gewesen wären, wurden fallen gelassen. Aber wir leben in der Zeitenwende. Und das bedeutet, dass der Bund sich an den Geldern der Kommunen bedient, um die Zinsen für seine Kriegskredite zu bezahlen. Die fehlenden Gelder reißen wiederum Löcher in die Stadtkassen, auch in Göttingen. Und diese Löcher sollen gestopft werden, auf Biegen und Brechen. Daher folgt nun der nächste Angriff auf die Jugendarbeit in Göttingen. Das Jugendzentrum Geismar ist von der Kündigung seiner Räumlichkeiten bedroht. Der Grund sind festgestellte Mängel beim Brandschutz, deren Beseitigung angeblich 10 Millionen Euro kosten! Ohne seine Räume in der Heidelbeergasse steht das JZ Geismar vor dem Aus. Für die Stadt sicher nicht die schlimmste Vorstellung, denn das Gelände ließe sich zu Geld machen, wenn die lästigen Jugendlichen erstmal weg sind. Wo die dann hin sollen? Wir leben doch in der Zeitenwende! Die Wiedereinführung der Wehrpflicht steht kurz bevor. Also ab in die Kaserne...

Wir sagen Nein zur Schließung des JZ Geismar! Nein zur Wehrpflicht! Jugend braucht Perspektiven!

(@sdaj_goettingen)



GROBIAN
GRONER BÜRGER INITIATIVE ANTIFASCHISMUS

- Kontakt unter 0551-93435 (Gunnar)
- Mail: grobian-grone@web.de
- Treffen: Montags, 19.00 Uhr

unser Kooperations- u. Bildungspartner:
VNB
Verein Niedersächsischer BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Nach den Mieterhöhungen in Grone:

Die Prüfgemeinschaft wendet sich an die LEG

Nach den Schreiben über eine 15 %-ige Mieterhöhung, die vielen Mieter*innen der LEG in Grone jüngst zugegangen sind, fragt die Prüfgemeinschaft namens der über 600 Mieter*innen der LEG in Grone zusammengeschlossen haben, wie die Mieter*innen diese Erhöhung bezahlen sollen.

In einem offenen Brief an die LEG benennt die Prüfgemeinschaft den monatelangen Kampf um die exorbitanten Heizkostennachforderungen für 2022, der mit einem gewissen „Sieg" für die Mieter*innen ausgegangen war.

„Alle Beteiligten waren nun erleichtert, dass die Mieter*innen diese zunächst nicht bezahlen müssen, sondern dass die LEG gegen den Energielieferanten eine Klage wegen der zu hohen Preise eingelegt hat", so die Prüfgemeinschaft.

Aber auch die aktuellen Nebenkostenabrechnungen für 2023 hatten schon wieder für viel Verunsicherung unter den Mieter*innen gesorgt.

Doch die Mieter*innen können leider nicht zur Ruhe kommen, denn Ende April gingen bei zahlreichen Familien massive Mieterhöhungen ein: „So soll z.B. für eine 84 qm große Wohnung 80 € mehr bezahlt werden. Es gibt sogar dreistellige Erhöhungen."

Zur Begründung wurden Vergleichswohnungen angeführt, deren Quadratmeterpreis jetzt schon bei über 9,- € liegt. Zum Vergleich: Laut einfachem Mietspiegel der Stadt Göttingen liegt der Preis für vergleichbare Wohnungen bei 7,50 bis 8 €. Der Preis für geförderten bezahlbaren Wohnraum liegt noch darunter.

„Wie sollen die Familien in Grone diese hohen Mieten stemmen? Für Menschen, die Transferleistungen der Stadt Göttingen beziehen, wird nun vielfach die Grenze der angemessenen Kosten der Unterkunft überschritten."

Bereits jetzt, ohne die erneute Erhöhung ab Juli, sehen sich Mieter*innen der LEG mit sogenannten Kostensenkungsverfahren konfrontiert. Das bedeutet, dass das Sozialamt diese auffordert, sich eine billigere Wohnung zu suchen und androht, die Miete nicht mehr voll zu übernehmen und Nebenkostennachforderungen gar nicht mehr zu bezahlen.

„Alle wissen: Der Göttinger Wohnungsmarkt ist, was bezahlbaren Wohnraum betrifft, leergefegt. In einer solchen Situation immer noch mehr Miete für die Wohnungen in einem armen Stadtteil zu verlangen, ist aus unserer Sicht in höchstem Maße unanständig."

Rechtlich mögen die Mieterhöhungen korrekt sein. Dennoch wird die LEG dringend aufgefordert, nicht noch den letzten Rest aus den Mieter*innen und der klammen öffentlichen Hand herauszupressen!

„Sie können rechtlich abgesichert erhöhen, aber Sie müssen es ja nicht!"

Gemeint sind hier die Dividenden an die Aktienbesitzer*innen, die ja nicht zwangsläufig erhöht werden müssen!

„Verwaltung und Politik der Stadt Göttingen bitten wir um Solidarität mit den Mieter*innen in Grone, die einmal mehr Angst um ihre Existenz und ihr Zuhause haben müssen. Wenn die LEG ihre Mieterhöhungen skrupel- und gnadenlos durchzieht, hoffen wir, dass die Betroffenen sich auf Ihre Unterstützung verlassen können."

Es darf nicht dazu kommen, dass Menschen ihre Wohnung verlieren!

(gs)

Zitat:
Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.
Karl Marx (MEW, Bd. 23, S. 788)



Vor dem Mieterbüro der LEG in Grone: Ein Mieter der LEG, der schon alles gegeben hat: Die Taschen und das Portemonaie sind definitiv leer!

BSW - Fraktion im Kreistag Göttingen

80 Jahre Befreiung vom Nationalsozialismus

Am 9. Mai führte das BSW ein Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus im Göttinger Stadtfriedhof durch. Dazu wurden Kränze an den beiden Ehrenmalen für die in Göttingen verstorbenen Zwangsarbeiter gelegt.
Die Gedenkrede hielt der BSW-Fraktionsvorsitzende im Kreistag Dr. Eckhard Fascher:

Liebe Anwesende,
heute vor 80 Jahren, am 9. Mai 1945 unterzeichnete im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht die bedingungslose Kapitulation. Damit war der 2. Weltkrieg in Europa beendet, Nazideutschland besiegt und damit Europa vom Faschismus befreit.
Mit der Kapitulation der deutschen Wehrmacht waren 12 Jahre Verbrechen der Superlative mit industriellem Völkermord und kaum vorstellbaren Kriegsverbrechen vorbei. Verbrechen, die so bisher einmalig in der Menschheitsgeschichte waren. Wie insbesondere auch der Genozid an den europäischen Juden.
Wir stehen hier am Denkmal für 39 russische Zwangsarbeiter sowie nahe des Denkmals für 166 sowjetische und polnische Zwangsarbeiter und Zwangsarbeiterinnen, die in Göttingen verstorben und hier im Stadtfriedhof begraben sind. Zwangsarbeiter wurden aus ganz Europa nach Deutschland verschleppt und mussten dort unter menschenunwürdigen Bedingungen in der Rüstungswirtschaft, Industrie, Landwirtschaft oder auch Privathaushalten arbeiten. Während des Krieges betraf dies rund zwanzig Millionen Menschen.
In unserem heutigen Gedenken stehen die hier begrabenen Zwangsarbeiter/innen stellvertretend für alle Opfer des Nationalsozialismus.
Das Ende des Zweiten Weltkriegs und damit des Nationalsozialismus verdankt Europa den Alliierten Streitkräften, in denen Menschen aus allen Teilen der Welt mitgekämpft haben.
Vom Zweiten Weltkrieg war nicht nur Europa betroffen, sondern auch das nördliche Afrika und Äthiopien, in dem die Italiener bis zur Befreiung 1941 durch die Alliierten eine Schreckensherrschaft ausübten. In Ost- und Südostasien betraf die Aggression des mit Nazideutschland verbündeten Japan.

Die Rote Armee leistete dabei einen herausragenden Beitrag zur Befreiung Europas – sie trug die Hauptlast bei der Zurückdrängung und der schließlichen Zerschlagung der faschistischen Armeen.
Das sowjetische Volk hatte mit geschätzten 27 Mio. Toten von insgesamt 66 Mio. die größten Verluste von allen damaligen Staaten zu tragen. Davon waren rund die Hälfte Zivilisten. Dies entspricht über 14% seiner Gesamtbevölkerung. Nur in Polen war dieser Anteil mit über 17% noch höher. Ein großer Teil davon, ist auf Kriegsverbrechen zurückzuführen. So starben auch 3,3 Mio. Kriegsgefangene, dies sind fast 60% aller von den Nazis kriegsgefangenen Sowjets.
....
Was lernen wir nun aus der Katastrophe des Nationalsozialismus und des von Nazi-Deutschland begonnen Zweiten Weltkriegs?
Die Gleichheit aller Menschen ist ein zentrales Prinzip. Dies bedeutet, dass niemand aufgrund von Geschlecht, Herkunft, Ethnie, Sprache, Religion oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf.
Das Gedenken muss wach gehalten werden, so hat sich die BSW-Kreistagsfraktion erfolgreich für den Erhalt der Zwangsarbeiterausstellung eingesetzt.
Und auch: Deutschland muss sich auch aufgrund seiner Geschichte, für den Frieden weltweit und zur Aussöhnung mit Rußland einsetzen. Ein Frieden in unserem Kontinent Europa ist nur mit und nicht gegen Russlands denkbar. Russland muss in eine europäische Friedensordnung einbezogen werden.
Nach 1990 glaubten die meisten Älteren unter uns, dass es in dauerhaften Frieden in Europa geben könne – auch ich. Dagegen erleben wir seit dem Ende der Sowjetunion 1991 eine immer weitere Ausdehnung der NATO nach Osten bis an die russische Grenze. Diese mündete letztendlich in den Ukrainekrieg, für den letztendlich beide Seiten Verantwortung tragen.
Dieser Krieg wäre vermeidbar gewesen, um so wichtiger ist es, alles zu tun, um eine Friedenslösung herzustellen. Gerade im Atomkriegszeitalter brauchen wir den Frieden.
Wie sagte Willi Brandt: „Der Frieden ist nicht alles, aber alles ist ohne den Frieden nichts."
Wir brauchen eine Friedensordnung und keine Vor-Kriegsordnung. Anstelle der geplanten beispiellosen Aufrüstung muss eine Politik des Verständnis und der Aussöhnung treten.
Und eines ist auch sehr wichtig: Der beispiellose industriellen Massenmord an den europäischen Juden darf nicht dafür herhalten, dass die Kriegsverbrechen Israels im Gazastreifen nicht kritisiert werden dürfen. Das haben die Opfer nicht verdient. Auch das palästinensische Volk hat ein Recht wie alle Völker auf ein sicheres Leben in Frieden.

Die Toten mahnen uns: Nie wieder Krieg – nie wieder Genozid.

Kontakt

BSW-Fraktion im Kreistag Göttingen

Kreishaus, Raum 066
Reinhäuser Landstr. 4
37083 Göttingen

Tel. 0551/525 - 2108

BSW@landkreisgoettingen.de

Sprechzeiten: Montag 10 bis 12 + Donnerstag 14 bis 15:30 Uhr



Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke

Spendenkonto:
IBAN: DE75 5209 0000 0041 1265 07

Mitgliederversammlung beschließt einstimmig:

Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke tritt zur Kommunalwahl 2026 an!

Trotz aller Widrigkeiten: Die Mitgliederversammlung der Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke hat bei der Mitgliederversammlung am 05.05.2025 einstimmig beschlossen, ihre bislang erfolgreiche Politik fortzusetzen und zur Kommunalwahl 2026 anzutreten. Einen diesbezüglichen Antrag hatte der amtierende Sprecher*innenkreis eingebracht und dazu auch schon einen vorläufigen Maßnahmenplan vorgelegt. Über 20 Stimmberechtigte und zwei Gäste hatten sich am 05.Mai im Bürgerhaus Grone eingefunden um die Rechenschaftsberichte und Anträge zu diskutieren. Nach der Veranstaltung konnte ein weiteres Mitglied der Wähler*innengemeinschaft begrüßt werden.

Den Rechenschaftsbericht des Sprecher*innenkreises trug Bärbel Safieh vor. Ecki Fascher, der leider aus diesem Gremium ausgestiegen war, wurde in seiner Anwesenheit noch einmal herzlich für sein jahrzehntelanges Engagement gedankt und die gute, Zusammenarbeit mit ihm gelobt.
Themen der vom Sprecher*innenkreis veranstalteten kommunalpolitischen Arbeitskreise wurden genannt, von denen eines besonders aktuell ist: Die Bezahlkarte für Asylsuchende die zunächst schon ab Juni eingeführt werden sollte.
Neben der Begleitung und Auseinandersetzung der Ratsarbeit wurden Veranstaltungen des Frauen- sowie des Friedensforum Göttingen finanziell unterstützt.
Der Rechenschaftsbericht der Ratsfraktion wurde von dem Vorsitzenden Jost Leßmann eingebracht, der nur einige Schlaglichter auf die vielfältigen Themen der Ratsarbeit warf: Das Haushaltssicherungskonzept mache es schwer bis unmöglich, notwendige Forderungen bei den freiwilligen Leistungen durchzusetzen. Als Beispiele wurde der Umgang mit der JVA, dem sozialen Zentrum und dem Jugendzentrum Geismar genannt. Eigentlich selbstverständliche Bedürfnisse wie öffentliche Toiletten werden nicht ausreichend befriedigt. Wohingegen die aus öffentlichen Mitteln teuer sanierte Stadthalle mit derart hohen Mieten belegt wird, dass sich lokale Kulturtreibende diese Location nicht mehr leisten können.
Aus dem Ortsrat Grone gab Hendrik Falkenberg bekannt, dass er sich dort immer gegen Verkäufe von öffentlichen Liegenschaften an private Investoren positioniere und mit der Mieterinitiative einen Etappensieg gegen den Miethai LEG verbuchen könne. (Auf der Grobianseite der GÖBLätter wird hinlänglich darüber berichtet)
So fielen alle Rechenschaftsberichte wie auch der Kassen- und Revisionsbericht positiv aus, sodass alle Beteiligten von der Versammlung einstimmig entlastet wurden.

Der Antrag zum Wiederantritt der Göttinger Linken bei der Kommunalwahl 2026 wurde angeregt diskutiert und es gab schon eine Liste der anstehenden Hauptthemen für den Wahlkampf. Zuvorderst muss es um die ausreichende Finanzierung der Kommunen gehen sowie um bezahlbaren Wohnraum. Auch Ökologie und Verkehr wie auch Antirassismus und Sozialpolitik stehen oben auf der Agenda. Aus der Versammlung wurde das Thema Frieden ergänzt, das insofern eine Rolle spiele, dass zu viele Mittel in Rüstung gehen, die dann den Kommunen fehlten. Insgesamt ist der Antrag mit kleinen Änderungen und einer Enthaltung einstimmig angenommen worden.
Auch dem Antrag, die Kommunistischen Plattform der Partei als kollektives Mitglied in die Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke aufzunehmen, hat die Versammlung bei 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt.

Die Wahl eines neuen Sprecher*innenkreises hatte folgende Ergebnisse: Alle vorgeschlagenen Kandidat*innen erhielten die notwendigen Stimmen. Zum Sprecher*innenkreis gehören zukünftig Hendrik Falkenberg, Bärbel Safieh, Christian Schüler, Christa Siebecke und Peter Strathmann. Dazu kommen Jost Leßmann als Fraktionsvorsitzender und Gunnar Siebecke als Kassierer.
Es bleibt viel zu tun: Für den Wahlantritt in 2026 soll es traditionellerweise 2 kommunalpolitische Ratschläge geben. Dafür sind alle Mitglieder aufgefordert, interessierte oder fachlich kundige Personen der Göttinger Zivilgesellschaft einzuladen, die die linke Kommunalpolitik der Wähler*innengemeinschaft bereichern und mitgestalten können. (bs)

Kontakte
Wähler*innengemeinschaft Göttinger Linke

Rotes Zentrum
Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de

Sprecher*innenkreis:
Bärbel Safieh, Christa Siebecke, Christian Schüler, Hendrik Falkenberg, , Jost Leßmann, Peter Strathmann
Schatzmeister:
Gunnar Siebecke

sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Gruppe Grone:
grone@goettinger-linke.de
Gruppe Gleichen:
gleichen@goettinger-linke.de

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Neues Rathaus Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4, 37083 Göttingen
Telefon: 0551 - 400 2347
goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten:
Mi: 10:00 - 12:00
14:00 - 16:30
Fr: 10:00 - 12:00

Mandatsträger*innen:
Jost Leßmann (Fraktionsvorsitzender)
Nornia Marcinkiewicz
Torsten Wucherpfennig

GÖTTINGER BLÄTTER
Wählerinnengemeinschaft
Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen
Ratsinfo
im Juni 25 aktuell

Aus dem Bauauschuss:

Ende des Vergabeverfahrens der ehemaligen JVA

Die ehemalige JVA in Göttingen steht seit 2007 leer - nachdem vor zwei Jahren der Verkauf durch das regierende Haushaltsbündnis (SPD, CDU, FDP) entschieden wurde, dreht sich jetzt der Wind und der Verkauf wurde im Bauausschuss vom 22. Mai 2025 wieder rückgängig gemacht. Mit Stimmen von Opposition und SPD wurde der Verkauf abgebrochen und eine Machbarkeitsstudie durch die Stadt beauftragt. Der Vorschlag wurde von der Verwaltung eingebracht. Zur Begründung, warum keines der bewerbenden Gruppen passt, sagt sie folgendes:

„Die drei verbliebenen Angebote blieben vom Umfang, der Detailschärfe, aber auch von den Nutzungskonzepten sehr unterschiedlich und nicht vergleichbar. In allen drei Angeboten zeigen sich Finanzierungslücken. Einerseits werden teilweise die Aufwendungen für die Sanierung merklich zu niedrig eingeschätzt, zum anderen sind teilweise die Refinanzierungsstrategien fehlerhaft."

In der Bauausschuss-Sitzung vom 07. Juli 2022, in der der Verkauf durch das Haushaltsbündnis beschlossen wurde, beantragten die Grünen bereits eine Machbarkeitsstudie, damit insbesondere bei Finanzierungsfragen nachhaltige Zahlen zum Vergleich herangezogen werden können. Die Göttinger Linke Ratsfraktion beantragt mit anderen Oppositionellen in der gleichen Sitzung, dass die Immobilie nicht verkauft wird. Beide Anträge wurde damals abgelehnt mit der Begründung, dass es jetzt darauf ankommt, schnell eine Nachnutzung des Gebäudes zu finden.

Zuerst liefen Verhandlungen mit der Trafo Hub ins Leere, jetzt sind wieder einige Kapazitäten in einen Prozess gesteckt wurden, der von Anfang an von der Opposition kritisiert wurde und ohne Ergebnis ausgeht. Gerade nachbarschaftliche und stadtgesellschaftliche Initiativen wie dem Sozialen Zentrum werden damit enorme Geduld und eine permanente Kraftaufwendung abverlangt. Anstatt Dankbarkeit und Wertschätzung erfährt das Projekt wieder und wieder eine politische Abfuhr - obwohl fast alle vom Konzept überzeugt sind.

Weiterhin gilt für die Göttinger Linke Ratfsraktion: Das Soziale Zentrum ist und bleibt die beste Nachnutzung des Gebäudes .

Kontaktdaten

Fraktion Göttinger Linke im Rat der Stadt Göttingen

Neues Rathaus, Zi. 403 (4. Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon 0551 - 400 2347

goelinke-ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Tim Schlaf

Öffnungszeiten des Büros:
Mi: 10:00 - 12:00 Uhr
14:00 - 16:30 Uhr
Fr: 10:00 - 12:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 - 18.00 Uhr (öffentlich)

PM vom 22.05.25: alte JVA im Waageplatzviertel - Ende des Vergabeverfahrens

Der durch das Haushaltsbündnis im Januar 2024 initiierte Verkauf der ehemaligen JVA im Waageplatzviertel in der nördlichen Innenstadt wurde heute im Bauausschuss abgebrochen. Stattdessen haben Opposition und SPD für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie gestimmt. Damit befinden wir uns im Umgang mit dem historischen Gebäude wieder an dem Punkt, den die Opposition 2022 bereits gefordert hat: Erst Klarheit schaffen, bevor massenweise Kapazitäten in utopische Planungen gesteckt werden kann.

„Für uns war immer wichtig, das Gebäude nicht zu verkaufen - deshalb stimmen wir der Erstellung der Machbarkeitsstudie seitens der Stadt zu", kommentiert der baupolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der Göttinger Linke Ratsfraktion Jost Leßmann die heutige Entscheidung im Bauausschuss. „Wir stehen weiterhin hinter dem Sozialen Zentrum und haben großen Respekt vor der Geduld und der Power, die hinter dem Projekt steht. Mit der Machbarkeitsstudie wird auch das Soziale Zentrum nicht länger selbst ins Ungewisse planen müssen, sondern kann auf belastbare Grundlagen zurückgreifen und ihre Ideen konkret und umsetzbar weiterentwickeln, auch wenn es sich jetzt wieder nach hinten verschiebt", ergänzt er.